

# Sicherheitsstaat am Ende. Kongress zur Zukunft der Bürgerrechte

23. / 24. Mai 2008, Humboldt-Universität zu Berlin

Die Politik der "Inneren Sicherheit" forciert seit einigen Jahren den Ausbau staatlicher Befugnisse. Der Bundestag hat allein in den vergangenen sieben Jahren über 50 Gesetze verabschiedet, die tief in die Bürgerrechte eingreifen. Sie reichen von der Registrierung der Konten- und Reisebewegungen über die Speicherung biometrischer Daten bis zur Überwachung der Kommunikation. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar; im Sicherheitsstaat ist kein Platz für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Die Begründungen für diese Politik sind beliebig austauschbar. Waren es gestern "Organisierte Kriminalität", "Ausländerkriminalität" oder "Jugendgewalt", so wird heute der "Internationale Terrorismus" angeführt, vor dem nur ein mächtiger Staat schützen könne. Das so geschaffene Klima der Angst verhindert eine nüchterne Betrachtung der vermeintlichen Bedrohungen. Statt dessen wird der Staat mit immer weitergehenden Machtbefugnissen ausgestattet. Rechtliche Grenzen werden ausgehöhlt, unterschiedliche Sicherheitsapparate kooperieren, modernste Überwachungstechnik wird dienstbar gemacht. Der Sicherheitsstaat stellt eine unkontrollierbare Bedrohung für eine liberale Gesellschaft, für die Bürger- und Menschenrechte dar.

Seit 1997 präsentieren neun deutsche Bürger- und Menschenrechtsorganisationen jährlich den Grundrechte-Report. Er berichtet über staatliche Freiheitseinschränkungen und die Entwicklung der von der Verfassung garantierten Rechte. Die Bilanz fällt ein ums andere Mal negativ aus – insbesondere im Feld der Inneren Sicherheit. Die Missachtung von Grundrechten erschöpft sich nicht in Einzelfällen, sie steht im Zusammenhang mit dem Ausbau staatlicher Überwachung und Kontrolle. Im Rahmen der Konferenz wollen die Veranstalter diese Entwicklungen der vergangenen Jahre analysieren. Gleichzeitig sollen konkrete Vorschläge diskutiert werden, wie Verletzungen der Grundrechte wirksamer verhindert und die Fülle staatlicher Macht eingeschränkt und kontrolliert werden können.

Die Legitimität des Sicherheitsdenkens hat in den letzten Jahren Risse bekommen. Diese zu vertiefen, ist das Ziel des Kongresses.

## Programm / Teilnahme

Die Tagung beginnt am Freitag Abend mit zwei Eröffnungsvorträgen und setzt sich am Samstag mit mehreren Foren zu Arbeitsschwerpunkten der Bürgerrechtsbewegung fort. Das ausführliche Programm der Tagung finden Sie hier. Für die Teilnahme an der Tagung fallen keine Kosten an, wir bitten Sie um eine vorherige Anmeldung.

## Tagungsort

Die Tagung findet im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin statt:

Humboldt-Universität zu Berlin  
Unter den Linden 6  
10117 Berlin

Die Foren am Samstag finden in verschiedenen Räumen des Hauptgebäudes bzw. der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität statt. Die Raumnummern entnehmen Sie bitte der Forenübersicht.

Der Tagungsort ist gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Nutzen Sie bitte die S- oder U-Bahn bis Friedrichstraße oder die Buslinien 100, 200 oder TXL bis zur Haltestelle Staatsoper.

## Veranstalter

Die Tagung wird gemeinsam veranstaltet von: *Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen, Gustav Heinemann-Initiative, Humanistische Union, Internationale Liga für Menschenrechte, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Neue Richtervereinigung, Pro Asyl, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein und der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen.*

Die Tagung findet mit freundlicher Unterstützung der Holtfort-Stiftung statt.

